Informationen der Fraktion im Rathaus · Ausgabe Winter 2022



Editorial

Liebe Leser*innen,

was für ein Jahr neigt sich dem Ende entgegen! Die aktuelle Lage stellt uns vor ungeahnte Herausforderungen. Wir nehmen uns den drängendsten Fragen an. In diesem Winter scheint die Frage danach, wie wir unsere vier Wände warm bekommen, eine andere Dimension als bisher zu haben. Wir meinen: Das geht nur gemeinsam mit Solidarität. Welchen Beitrag wir als Kommune dazu leisten können, diskutieren wir in dieser Ausgabe.

Was in dieser Ausgabe fehlt: Die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr waren zu Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Was sich aber jetzt schon sagen lässt: Es zeichnen sich wieder massive Investitionen in Bildung und Klima ab. Darauf legen wir Grüne großen Wert.

Und noch etwas in eigener Sache: In den vorangegangenen beiden Ausgaben in diesem Jahr hatten wir auf der Doppelseite der XtraGrün jeweils ein Schwerpunktthema: Bildung mit Schulsanierung und -neubauten in der ersten Ausgabe sowie Stationen unserer traditionellen Sommertour der Fraktion in diesem Jahr in der zweiten Ausgabe. Illustratorisch und inhaltlich sind die Seiten 2 und 3 in dieser Ausgabe eher klassisch gestaltet. Uns interessiert: Wie kommt was an? Rückmeldungen nehmen wir gern entgegen, zum Beispiel per E-Mail an fraktion@gruene-kassel.de.

Wir wünschen alles Gute und einen guten Start ins neue Jahr.

Herzlichst Christine Hesse und Steffen Müller Fraktionsvorsitzende der Grünen



THEMEN

- Ein Leben lang lernen
- Seepferdchen- und Froschabzeichen
- documenta fifteen was bleibt?
- Synergieeffekt zwischen Stadt und Uni
- Energiekosten finanziell abfedern

NEWSLETTER BESTELLEN

Neuigkeiten von der Grünen Fraktion gibt es auch online. Von jeder Stadtverordnetenversammlung berichten wir in unserem Newsletter. Melden Sie sich jetzt an und seien Sie immer auf dem Laufenden.



"Standortvorteil für unsere Stadt"

Eva Koch und Dr. Sven Schoeller über den Ausbau der Fernwärme in Kassel



Warum soll die Fernwärme in Kassel weiter ausgebaut werden?

Eva Koch: Die Fernwärme in Kassel kommt zum größten Teil aus dem Müllheizkraftwerk am Lossewerk und dem Kraftwerk Kassel in der Dennhäuser Straße. In letzterem wird noch Braunkohle eingesetzt. Aus Klimaschutzgründen und weil es Geld spart, läuft aktuell der technische Umbau, um zukünftig statt Kohle Klärschlamm und Altholz einzusetzen. Das ist sehr aufwändig, wird sich langfristig aber lohnen. Wenn der Kohleausstieg geschafft ist – voraussichtlich bis spätestens 2025 – wird die Kasseler Fernwärme weitgehend CO2-neutral erzeugt. Alle Haushalte, die mit Fernwärme versorgt werden, können dann klimaneutral heizen. Das ist ein riesiger Schritt hin zu einer klimaneutralen Stadt Kassel in 2030!

Dr. Sven Schoeller: Außerdem liegt im Ausbau der Fernwärmenutzung perspektivisch die ganz große Chance, die Kasseler Wärmeversorgung von externen Energiequellen, wie insbesondere Gas, weitgehend unabhängig zu machen. Ein erheblicher Standortvorteil für unsere Stadt, der nicht nur für Klimafreundlichkeit, sondern auch für Preisstabilität sorgen wird.

Müssen die Gebäude in Kassel dann überhaupt noch energetisch saniert werden? Mit einer klimaneutralen Versorgung ist es doch eigentlich egal, wie viel Wärme sie benötigen.

Koch: Eine Sanierung des Gebäudebestandes ist eine wichtige Voraussetzung zur Umstellung auf Fernwärme. Nur wenn insgesamt weniger Energie benötigt wird, reichen die vorhandenen Kapazitäten aus, um noch deutlich mehr Haushalte anzuschließen.

Wird zukünftig für alle Gebäude in Kassel ein Fernwärmeanschluss angeboten werden?

Koch: Davon gehe ich nicht aus. Die Voraussetzung für die neue Versorgung von Stadtteilen ist eine möglichst dichte Bebauung – ideal sind Quartiere wie der Vordere Westen oder beispielsweise die Mattenberg-Siedlung. In locker bebauten Gebieten wie beispielsweise in meinem Stadtteil Jungfernkopf liegen die Gebäude so weit auseinander, dass es sich nicht lohnen wird, die teure Erschließung mit Fernwärme umzusetzen.

Welchen Anteil an Fernwärme an der gesamten Wärmeversorgung der Stadt sollten wir denn anstreben?

Schoeller: Der Klimaschutzrat hat in seinem Maßnahmenvorschlag zur Energieversorgung als Ziel eine Versorgung von 60 Prozent der Kasseler Haushalte aus Wärmenetzen genannt. Der größte Teil davon soll über die Fernwärme abgedeckt werden. Dazu müssen wir erst mal erreichen, dass die Gebäude, die an dem bereits vorhandenen Netz liegen, möglichst daran angeschlossen werden. Damit könnten wir bereits heute unseren Fernwärmeanteil von derzeit circa 21 Prozent auf etwa 40 Prozent steigern. Die restlichen 20 Prozent sind die größere Herausforderung, da kilometerlange Leitungen auf städtischem Gebiet in die Straßen verlegt werden müssen. Wir brauchen das Material, wir brauchen Fachkräfte, die diese Arbeiten ausführen, und wir brauchen die Finanzierung. Zusätzlich ist zu gewährleisten, dass der städtische Verkehr auch während des Ausbaus funktionstüchtig bleibt.

Wann wird klar sein, welche Stadtteile angeschlossen werden können?

Koch: Zurzeit erarbeiten die Städtischen Werke zusammen mit der Uni Kassel eine sogenannte Wärmeleitplanung. Darin wird festgelegt, welche Gebiete neu mit Fernwärme versorgt werden sollen und in welcher Reihenfolge das geschieht. Wir Grüne haben einen Antrag gestellt, dass uns die Ergebnisse im Ausschuss für Klima, Umwelt und Energie vorgestellt werden – ich hoffe, das wird bald passieren.

Wie teuer wird denn die Versorgung mit Fernwärme sein? Bisher war das doch gegenüber einer Versorgung mit Gas oder Öl immer ein recht hoher Preis?

Schoeller: Das stimmt insofern, als dass bisher die Preisentwicklung der Fernwärme mit einem Faktor an die Gaspreise gekoppelt war. Die Städtischen Werke beabsichtigen jetzt, das zu ändern. Perspektivisch wird die Fernwärme nach meiner Einschätzung günstiger sein als Gas oder Öl, da sie durch den Einsatz von Müll, Klärschlamm und Altholz nicht an die globalen Preisentwicklungen für fossile Energieträger gekoppelt ist. Somit ist Fernwärme preisstabiler und für den einzelnen Haushalt lässt sich besser damit kalkulieren.

Wie aufwändig ist der Anschluss an die Fernwärme für Eigentümer*innen von Gebäuden?

Koch: Das ist eigentlich recht einfach. Wenn die Anschlussleitung vorhanden ist, wird die bisherige Heizungsanlage durch eine sogenannte Übergabestation ersetzt. Die Fernwärme aus der Leitung in der Straße wird hier auf eine Temperatur und einen Druck gebracht, die für das Heizungssystem im Gebäude und die Warmwasserbereitung geeignet sind. Wartung und Instandhaltung sind gegenüber Heizkesseln deutlich einfacher – außerdem gibt es keinen Schornsteinanschluss mehr und somit auch keine Kehrgebühren. Auch der Platzbedarf verringert sich.

Was könnte die Stadt tun, um in Gebieten mit Anschlussmöglichkeit möglichst viele Gebäude an die Fernwärme zu bringen?

Koch: Nach meiner Einschätzung ist aktuell die Nachfrage so groß, dass das Thema praktisch ein Selbstläufer ist. Sehr viele Eigentümer*innen wollen weg von fossilen Energieträgern, besonders vom Gas. Wir sollten im Auge behalten, dass sich das auch wieder ändern kann.

Schoeller: Wenn wir die Klimaneutralität 2030 in Kassel erreichen wollen, wäre es aus meiner Sicht wichtig, die Fernwärmeanschlüsse verpflichtend zu machen. Das könnte in Form einer Satzung geschehen, die es in anderen Städten wie Darmstadt oder Hannover schon gibt. Bestehende Heizungsanlagen können natürlich weiter betrieben werden. Aber wenn ein Austausch ansteht, wären die Eigentümer*innen im Normalfall verpflichtet, Fernwärme zu nutzen. Neben dem Klimaschutz bietet eine solche Satzung den Vorteil, dass die Investition in den Netzausbau für die Städtischen Werke besser kalkulierbar wird. Eine ausreichende Zahl von Anschlüssen wird sichergestellt und damit rechnen sich die hohen Kosten für den Netzausbau.

» Eva Koch. stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin der Grünen



Mobilität, Verkehr und Radverkehr, Recht und Sicherheit





Ein Leben lang lernen

Bildungsmonitoring hilft, Angebot zu verbessern

Wir lernen unser Leben lang", sagt Katharina Griesel, bildungspolitische Sprecherin der Grünen. "Bildung ist ein stetiger Prozess, der sich von der frühkindlichen Phase bis nach der Erwerbstätigkeit zieht. Und Bildung ist mehr als ein formales Lernangebot in der Schule, Ausbildung und an der Uni. Sie findet ständig um uns herum statt." Mit einem Bildungsmonitoring schafft Kassel eine verlässliche und umfassende Datengrundlage,

keinen Schwimmunterricht erhalten", sagt Julia Rudolph, Sprecherin der Grünen für Bildungspolitik, Schule und Kinder. Mit einer Anfrage an den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung wollten die Grünen erfahren, was der Magistrat und die Stadt unternommen haben, um Grundschulkindern eine Möglichkeit zu bieten, Schwimmen zu lernen.

um die unterschiedlichen Bildungsbereiche über die gesamte Lebensbiografie weiterzuentwickeln.

Bedarfsgerechte Planung des Bildungsangebotes

Kassel ist eine von bundesweit 130 und hessenweit elf Kommunen, die seit Herbst 2019 am Programm "Bildung integriert" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung teilnimmt. Das Bundesprogramm ist eine Ergänzung der gesamtstädtischen Strategie "Kassel bildet". Das kommunale Bildungsmonitoring ist ein kontinuierlicher, datengestützter Beobachtungs- und Analyseprozess des gesamten Bildungsgeschehens einer Kommune mit empirisch-wissenschaftlichen Methoden. Zusammen mit der Schulentwicklungsplanung soll das Monitoring für eine bedarfsgerechte Planung des Bildungsangebotes vor Ort genutzt werden, so dass Maßnahmen dort wirken, wo sie wirklich gebraucht werden.



» Katharina Griesel, Sprecherin der Grünen für Bildungspolitik, Schule und Kinder

Chancengerechtigkeit in der Bildung

"Alle unsere Erkenntnisse über Angebot und Bedarf bieten uns eine Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen, besonders im Hinblick auf Chancengerechtigkeit in der Bildung", betont auch Julia Rudolph, Cobildungspolitische Sprecherin der Grünen Fraktion. Es geht darum, den Bildungszugang und die Teilhabe für alle Menschen zu verbessern – unabhängig von Alter, kultureller und sozialer Herkunft. Und es geht darum, Fachkräfte für die Region auszubilden und in der Region zu halten.

Bildungsmonitoring

Das Bildungsmonitoring nutzt Daten aus unterschiedlichen Quellen. Dazu zählen zum Beispiel die amtliche Statistik, die Kinder- und Jugendhilfestatistik oder vorhandene Studien und eigene Erhebungen. Die Ergebnisse des Bildungsmonitorings machen es möglich zu prüfen, ob und wo das Bildungsangebot verbessert werden kann. Außerdem werden neue Bedarfe frühzeitig erkannt. Die regelmäßige Fortschreibung des Bildungsmonitorings liefert Erkenntnisse über die Wirksamkeit bereits ergriffener Maßnahmen. Durch das Bundesprogramm "Bildung integriert" konnten in den vergangenen Jahren in Kassel vorhandene Daten durch eine neue Software gesichtet und unter Bildungsaspekten gebündelt werden. Ein erster kommunaler Bildungsbericht ist in Arbeit.

Immer weniger Kinder lernen Schwimmen. Das hat sich durch die CoronaPandemie deutlich verstärkt, denn durch die Schließung bzw. die eingeschränkte Nutzung der Schwimmbäder konnten viele Kinder Schwimmbäder konnten viele Kinder



»Julia Rudolph, Sprecherin der Grünen für Bildungspolitik,

Schule und Kinder

441 Kinder nahmen teil

In der Antwort heißt es, dass durch eine Initiative und Spenden (siehe Infokasten) insgesamt 441 Grundschulkinder in den Oster- und Sommerferien dieses Jahres an Schwimmkursen teilgenommen haben. Von ihnen erwarben 235 Kinder das Seepferdchenund 180 das Frosch-Abzeichen. Damit auch Kinder aus Familien mit wenig finanziellen Ressourcen das Angebot wahrnehmen konnten, wurden alle Grundschulkinder durch die pädagogischen Fachkräfte der städtischen Horte und der Horte der freien Träger angefragt. Das Interesse war deutlich höher als die vorhandenen Plätze, weswegen diese im Losverfahren vergeben wurden. Die Kinder und

Erzieher*innen kamen mit Bussen und Bahnen der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft (KVG) oder zu Fuß zum Auebad und Hallenbad Süd.

Fortsetzung im kommenden Jahr

Das Institut für Sport und Sportwissenschaft (IfSS) hat das Projekt begleitet und ausgewertet. Studierende des Studiengangs haben die Schwimmkurse durchgeführt und konnten die Teilnahme für ihr Studium anrechnen lassen. Federführend für das IfSS war Dr. Sebastian Fischer. Alle beteiligten Kinder, Studierende, pädagogischen Fachkräfte und Eltern waren sehr zufrieden mit

dem Angebot. Daher soll durch die Umwidmung von Haushaltsmitteln das Projekt auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Auch Kinder aus der offenen Jugendarbeit und aus teilstationären Einrichtungen sollen dann an

den Schwimmkursen teinehmen können. Die städtischen Bäderbetriebe, die KVG und das IfSS begrüßen die Fortsetzung und stehen auch im nächsten Jahr für Kooperationen zur Verfügung.

Kooperationen und Unterstützung durch Unternehmen

Die Schwimmkurse konnten aufgrund von Spenden kostenfrei angeboten werden. An der Initiative beteiligt waren: der Rotary Club Kassel, das Amt Kindertagesbetreuung Kassel, die Städtischen Werke Kassel, die Kasseler Verkehrs-Gesellschaft, die Kasseler Sparkasse, die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel, das Mercedes Benz Werk Kassel sowie das Institut für Sport und Sportwissenschaften der Universität Kassel.



Synergieeffekte zwischen Stadt und Uni

Kommunalpolitische Unterstützung und städtisches Engagement

Angesichts des jährlichen Berichts der Uni-Präsidentin Ute Clement in der Stadtverordnetenversammlung hält Sophie Eltzner fest, dass die Universität und die Stadt Kassel zusammen gehören. Die hochschulpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion betont, wie wichtig das Zusammenwachsen von Innenstadt und Uni ist. "Wir haben diesen Prozess

als Stadtverordnete stets im Blick. Dazu dienen auch Mittel für die Städtebauförderung, um beispielsweise das Pferdemarktviertel umzugestalten und aufzuwerten. Es soll weiter zusammenwachsen, was zusammengehört." Eltzner führt in diesem Zusammenhang den erfolgreichen Verkehrsversuch in der Unteren Königsstraße im vergangenen Jahr an.

Sie hebt außerdem die wichtige Rolle der Uni für das übergeordnete Ziel der Bildungsgerechtigkeit hervor, denn Bildungschancen sind in Deutschland immer noch ungleich verteilt. Die Kasseler Hochschule ist aus ihrer Sicht da auf einem guten Weg. "Wenn die mir vorliegenden Zahlen noch korrekt sind, ist sie die Universität mit den meisten Arbeiter*innenkindern deutschlandweit."

Innovationsmotor und Impulsgeberin

Bei der sozialen und ökologischen Wende setzt sie auf Synergieeffekte zwischen Stadt und Universität, auch durch die guten regionalen Partnerschaften und vielfältigen zukunftsweisenden Ausgründungen. Die Grünen begrüßen laut Eltzner mehr Nachhaltigkeit im Fachstudium, das Konzept für CO2-neutrale Energieversorgung, die Einrichtung des Green Office und das neue Kassel Institute for Sustainability. Im Hinblick auf das erklärte Ziel Kassel klimaneutral 2030 sagt sie: "Deshalb muss die Universität Kassel auch weiterhin Innovationsmotor beim Umbau der industriellen Produktionsweise sein. Sie muss weiterhin Impulsgeberin

für Erneuerbare Energien bleiben. Und in dieser Rolle wollen wir sie kommunalpolitisch unterstützen."

»Sophie Eltzner, Sprecherin der Grünen für Geschlechtergerechtigkeit und Queerpolitik, Wissenschaft und Hochschule



Bezahlbarer Wohnraum für Studierende Gefragt ist städtisches Engagement beim Thema Wohnen. Laut Eltzner leben die meisten Studierenden in Kassel unterhalb des Armutsniveaus. "Aus unserer sozialen Verantwortung heraus müssen wir uns alle immer wieder dessen bewusst werden. Die Problematik ist in der aktuellen Zeit vielleicht so dringend wie nie zuvor." Sie weist darauf hin, dass die Stadt Kassel die Universität und das Studierendenwerk Kassel längst dabei unterstützt, Studierenden bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können.



Job auf dem ersten Arbeitsmarkt

Stadt Kassel soll mehr Menschen mit Behinderung und eine*n hauptamtlichen Behindertenbeauftragte*n einstellen

Wenn es um die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung geht, hat die Stadt Kassel einiges aufzuholen. Die Beschäftigungsquote liegt – nach Aussage der Stadt im Januar dieses Jahres – unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen fünf Prozent und damit deutlich unter denen vieler anderer Kommunen. Bei der Stadt Frankfurt ist die Quote zum Beispiel mit elf Prozent mehr als doppelt so hoch wie die gesetzliche Vorgabe. "Deshalb brauchen wir einen Maßnahmenplan mit klaren Vorgaben, wie auch in Kassel mehr Menschen mit Behinderung eingestellt werden können", fordert Maria Stafyllaraki. Die Sprecherin für Inklusion und Antidiskriminierung der Grünen Fraktion sieht Kassel in der Pflicht. Denn Kommunen sollten einen deutlichen Beitrag zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt leisten und Alternativen zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung sein.

Antrag der Grünen

Auf Antrag der Grünen hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass ein Maßnahmenplan erarbeitet wird, um mehr Menschen mit Behinderung in Beschäftigung bei der Stadt Kassel zu bringen. "Klar ist: Der erste Arbeitsmarkt und ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis sind auch für Menschen mit Behinderung die erste Wahl", betont Stafyllaraki.

Sie sieht in einer höheren Beschäftigungsquote in der Verwaltung außerdem einen wichtigen Schritt dahin, die UN-Behindertenkonvention umzusetzen: "Die Sicherstellung von Barrierefreiheit, Partizipation und die Schaffung von Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben müssen wichtige Leitlinien für das Handeln der Stadt sein – auch in ihrer Rolle als Arbeitgeberin und Vorbild.

»Maria Stafyllaraki, Sprecherin der Grünen für Inklusion und Antidiskriminierung



Bundesverdienstkreuz für Ottmar Miles-Paul Im September dieses Jahres wurde Ottmar Miles-Paul aus Kassel für seinen langjährigen Einsatz für die Belange von Menschen mit Behinderung mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der ehemalige Stadtverordnete für die Kasseler Grünen engagiert sich seit Jahrzehnten politisch für • ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung. "Mit seinen politischen • Bemühungen leistet er einen großen Beitrag in unserer Gesellschaft. Ich hoffe, dass diese Bemühungen für alle sichtbar werden. Die Erfüllung der Fünf-Prozent-Quote in der kommunalen Verwaltung ist eine Stufe auf der Leiter zur gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen. Und unser beschlossener Antrag ein wichtiges Zeichen für alle Betroffenen und Engagierten", so Stafyllaraki.

Ein*e hauptamtliche*r

Behindertenbeauftragte*r für Kassel Menschen mit Behinderung sollen in Kassel stärker vertreten werden. Daher ist nach den Bemühungen der Grünen im Haushaltsplan 2023 die Stelle einer*s Behindertenbeauftragten vorgesehen. Das Konzept, das dieser Stelle zugrunde liegt, soll der Magistrat nun im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport vorstellen

Standpunkt documenta fifteen – was bleibt?



Von Gernot Rönz

🔽 rst einmal geht der Dank an alle Mitwirkenden der documenta fifteen. Selten fiel das Fazit über eine documenta so unterschiedlich aus. Auf der einen Seite eine sehr gute Besucherzahl trotz Corona. Die Besucher*innen waren überwiegend sehr angetan von der Ausstellung und haben positiv über die documenta geredet. Auf der anderen Seite: Entsetzen über antisemitische Darstellungen und den nicht immer souveränen Umgang damit.

Aufarbeitung der Schwächen und Fehler Was steht nun an? In erster Linie viel Arbeit für den Interimsgeschäftsführer, die Gesellschafter*innen und den Aufsichtsrat. Dazu gehören unter anderem eine ernstzunehmende Aufarbeitung der Schwächen und Fehler der d 14 und documenta fifteen und der Blick nach vorn: Welche Strukturen und welches Konzept sind für die Zukunft tauglich? Wie binde ich den Bund und das Land in die Diskussion ein, ohne dass die wichtige Rolle der Stadt Kassel dabei untergeht? Natürlich kann der Hauptstandort nur Kassel sein. Und natürlich ist das Engagement der Stadt und seiner Bürger*innen so wichtig für die documenta, dass nicht Bund und Land alleine über die documenta entscheiden. Es braucht aber auch den Diskurs über die Fragen, die die documenta fifteen aufgeworfen hat und der leider eine der verpassten Chancen der Vergangenheit ist. Dazu zählen neben der Kunstfreiheit und der Frage, wo deren Grenzen liegen, auch, welche Impulse das "Lumbung-Konzept" für Kunst, Kultur und Gesellschaft bedeuten. In Kassel gibt es eine Vielzahl von Institutionen und Menschen, die sich neu vernetzt haben und sehr kreativ neue Bündnisse geschmiedet haben. Diese sollten - wenn nötig - von der Stadt unterstützt werden.

Public Daycare als Ort der Begegnung Natürlich wird wie bei jeder documenta durch Die Broschüre Denkmaldie Ankaufkommission auch das eine oder andere Kunstwerk dauerhaft der Kasseler Sammlung erhalten bleiben. Aber es gibt auch Kunstwerke darüber hinaus, die die Kasseler*innen begeistert haben. Dazu gehört vor allem die zum Kunstwerk von Graziela Kunsch gehörende Eltern- und Kind-Krippe Public Daycare. Viele Eltern und Kinder haben sich nach der documenta zusammengeschlossen und wünschen sich den dauerhaften Erhalt des Kunstwerkes in Kassel. Ziel ist es, fortwährend einen sozialintegrativen Raum für Eltern, Kinder und alle Menschen in der Innenstadt zu schaffen. Ein Raum, der gleichermaßen Rückzugsort für Eltern mit Kindern ist und ein Ort der Begegnung. Die Kasseler Grünen unterstützen die Initiative gerne, weil es ein sehr positives Beispiel für bürgerschaftliches Engagement ist, aber auch weil die Innenstadt Orte außerhalb des Konsums braucht, die die Aufenthaltsqualität in der Stadt erhöhen.

»Gernot Rönz, Sprecher der Grünen für Kunst und Kultur



Installation möglich machen

Neue Regeln für Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden



as hessische Kulturministerium hat den Umgang mit Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden neu geregelt. Die neue Richtlinie sieht vor, dass Solaranlagen auf oder an denkmalgeschützten Gebäuden in der Regel zu genehmigen sind. "Diese Neuerung ist wichtig für jede einzelne Prüfung, die die Denkmalschutzbehörde bei jedem Antrag durchführen muss. Mit den vorher geltenden Regeln war es für die Behörde oft nicht möglich, Solaranlagen zu genehmigen, was in Zeiten der Energiekrise zu Unverständnis geführt hat", bewertet Lucian Hanschke, Sprecher für Denkmalpflege der Grünen Rathausfraktion Kassel, diese positive Entwicklung.

»Lucian Hanschke, Sprecher der Grünen für Wohnungspolitik, Stadtgestaltung, Regionalentwicklung, Denkmalpflege und Friedhofsentwicklung



"Eine Absage für die Installation kommt nur noch in Frage, wenn eine 'erhebliche Beeinträchtigung des Kulturdenkmals' entsteht. Und auch in so einem Falle sind alle Möglichkeiten zu nutzen, wie die "Beeinträchtigung" so reduziert werden kann, dass eine Installation möglich ist oder es soll eine Alternative zur eigentlich gewünschten Installation aufgezeigt werden." Damit die Entscheidungen und die Kriterien der Behörde besser nachvollzogen werden können, hat die Stadt Kassel jüngst die Broschüre "Denkmalschutz und Solarenergie: Eine Handreichung" veröffentlicht. Die neuen Vorgaben sind für die Denkmalschutzbehörde der Stadt handlungsleitend. Die Behörde ist dazu aufgefordert, ihren Ermessens- und Genehmigungsspielraum auszuschöpfen, um möglichst zu einer positiven Bewertung des jeweiligen Antrags auf Installation einer Solaranlage zu kommen.

schutz und Solarenergie: Eine Handreichung kann hier abgerufen werden:



Digitale Stavo

Neue Kommunikationsformen, weniger Papier

Tm den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Digitalisierung der Stadtverordnetenversammlung" umzusetzen, wurde unter Federführung der Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Martina van den Hövel eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet. Das Ergebnis für eine ressourcenschonende Lösung liegt jetzt vor: In der Stadtverordnetenversammlung soll künftig weniger Papier anfallen und die Kommunikation (Recherche, Zugang zu Unterlagen und Beschlüssen) erleichtert werden. Dazu werden alle Stadtverordneten internetfähige Tablet-PCs erhalten und in einem weiteren Schritt auch Kommissionen, Beiräte und Ortsbeiräte mit entsprechenden Geräten ausgestattet. Bereits vorhandene Geräte können auf Wunsch eingesetzt werden. Der Magistrat wird für die digitale Lösung die notwendigen Vorbereitungen treffen.

Solidarisch in der Energiekrise

Hilfen und Programme von Bund, Land und Stadt Kassel

Tm die stetig steigenden Energiekosten finanziell abzufedern und existentielle Notlagen zu vermeiden, gibt es zahlreiche staatliche Angebote. Der Bund reagiert zum Beispiel mit Energiegeld und Gaspreisbremse sowie dem Bürgergeld und der Wohngeldreform. "Insbesondere der erweiterte Wohngeldanspruch wird - so die Zielsetzung der Bundesregierung - drei Mal mehr Menschen erreichen und sich für die Haushalte fast verdoppeln", betont Anja Lipschik, sozialpolitische Sprecherin der Grünen. Das Land Hessen will durch die Energiekosten in Not geratene Bürger*innen, Unternehmen und Einrichtungen mit einem eigenen Hilfsprogramm unterstützen. Zu den Leistungen zählen beispielsweise ein Härtefallfonds für Menschen, denen Energiesperren drohen, Unterstützung durch Mikroenergiedarlehen für Klein- und Kleinstunternehmen, die durch das Raster der Bundesprogramme fallen, sowie höhere Zuschüsse für soziale Einrichtungen, Initiativen und Vereine wie die Tafeln. Außerdem sollen Vereine und Verbände unterstützt werden, die sich in Sport, Kultur, Bildung, Sozialem und Umwelt engagieren.

Maßnahmen kommunal ergänzen

"Als Kommune wollen wir unterstützend und ergänzend zu diesen Maßnahmen von Bund und Land eingreifen, wo es sinnvoll und notwendig

ist", betont Lipschik. "So setzen wir uns dafür ein, dass die Wohngeldstelle personell und organisatorisch so ausgestattet wird, dass eine zügige Bearbeitung der zahlreichen Wohngeldanträge sichergestellt ist, die aufgrund der Wohngeldreform ab Januar 2023 zu erwarten sind." Die Stadt Kassel soll außerdem darauf hinwirken, dass ihre Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GWG) weiterhin keinen Mieter*innen aufgrund von Zahlungsverzug durch die steigenden Energiekosten kündigt.

Beratung und Anlaufstellen

Ein zentraler Aspekt des städtischen Engagements sind Beratung und Information. "Es soll eine niedrigschwellige Anlaufstelle geschaffen werden, um auch die Menschen über ihre Rechte und Leistungsansprüche zu informieren, die bisher keine Sozialleistungen in Anspruch genommen haben", erklärt Lipschik. Denkbar sei auch, dass die Angebote des Stromspar-Checks inklusive der Förderung für den Tausch von Kühlschränken mit Hilfe eines kommunalen Zuschusses ausgeweitet werden. So soll der Zuschuss auch für den Tausch anderer energieintensiver Haushaltsgeräte gelten. Zudem soll die bisherige Zielgruppe auf alle armutsgefährdeten Menschen (Personen unterhalb von 60 Prozent des Medianeinkommens) erweitert werden. Nicht zuletzt wollen



die Grünen, dass die Städtischen Werke in ihrer Service-App eine optionale Funktion einrichten, mit der Kund*innen einen besseren und transparenten Überblick über ihren aktuellen Energieverbrauch und entsprechende Energiekosten erhalten. Der kommunale Auftrag und Handlungsspielraum wird damit voll ausgeschöpft. Mit diesen Angeboten kann passgenau, nachhaltig, rechtssicher, proaktiv und sozial gerecht geholfen werden.

»Anja Lipschik, Sprecherin der Grünen für Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Senior*innen





ärm, Müll, Feinstaub: Die Silvesternacht ist →bisher geprägt von negativen Einflüssen auf Menschen, Tiere und die Natur. "Feuerwerk belastet das Klima und die Gesundheit der Menschen durch hohe Feinstaubemissionen, gefähr-

2.050 Tonnen Feinstaub

Nach Angaben des Umweltbundesamts werden in Deutschland jährlich rund 2.050 Tonnen Feinstaub durch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern freigesetzt. Der größte Teil davon entsteht in der Silvesternacht. Auswertungen von Luftdaten zeigen, dass am ersten Tag des neuen Jahres die Luftbelastung mit gesundheitsgefährdendem Feinstaub vielerorts so hoch ist, wie sonst im ganzen Jahr nicht.

Ein modernes Silvester für alle

Kassel will Jahreswechsel zukunftsfähig und nachhaltiger feiern

det Wildtiere und stellt eine große Belastung für Haustiere dar", erläutert Luzie Pfeil, Sprecherin für Tier- und Naturschutz. Auch sorgen Böller und Raketen jedes Jahr für Brände und Verletzungen und lassen enorme Müllberge entstehen. "Zusätzlich kann Feuerwerk für Menschen mit Kriegstrauma ein Trigger sein. Gerade in Zeiten, in denen so viele Menschen aus der Ukraine vor einem brutalen Krieg geflohen sind, sollten wir uns gut überlegen, ob wir diese Menschen durch Feuerwerk weiter belasten wollen."

Kassel will den Jahreswechsel zukunftsfähig und nachhaltiger feiern. Dazu hat die Stadtverordnetenversammlung einem Antrag der Grünen zugestimmt. Aus Sicht der Grünen sind Böller

»Luzie Pfeil, Sprecherin der Grünen für Tier- und Naturschutz



und Raketen nicht mehr zeitgemäß, sondern richten vor allem Schaden an. Der Magistrat hat daher den Auftrag bekommen, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und stattdessen alternative Angebote zu ermöglichen. Dazu zählen beispielsweise Laser- und LED-Shows oder Großprojektionen: "Das sind Möglichkeiten des sicheren und friedlichen Miteinander-Feierns, sodass alle Silvester genießen können: eine moderne Alternative, die Menschen, Tiere und die Umwelt schützt und gleichzeitig ein Spektakel ist", erklärt Pfeil.

Signal der Wertschätzung

Nicht zuletzt ist aus ihrer Sicht die Abkehr vom Feuerwerk ein deutliches Signal der Wertschätzung an alle Bevölkerungsgruppen, die besonders in der Silvesternacht oder an den Tagen danach besonders gefordert sind: Rettungsdienst, Feuerwehr, Ärzt*innen, Pflegepersonal und Stadtreiniger*innen.

Altes Prinzip bleibt aktuell

Weniger Müll im Bausektor durch Baustoff- und Materialbörse

Der Bau- und Sanierungsbereich ist einer der größten Abfallerzeuger", erklärt Éva Koch, Sprecherin für Klima und Energie der Grünen. "Aufgrund kurzer Sanierungszyklen, auch bedingt durch neue Raumanforderungen, ist das Aufkommen von Bauabfällen enorm. Für jedes Bauteil, das wir wegwerfen, muss ein neues hergestellt werden, mit entsprechendem CO2-Rucksack. Unser städtischer Grundsatzbeschluss ,Sanierung vor Abriss und Neubau' ist zwar ein großer Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem bleiben immer noch viel zu viele Abfälle übrig." Damit im Bausektor weniger Bauteile auf dem Müll landen, will Kassel eine Baustoff- und Materialbörse einrichten. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat beauftragt, den Aufbau dieser Börse umzusetzen. Sie ist eine Maßnahme, die der Klimaschutzrat empfohlen hat.

Baustoffe leben länger als Gebäude

Die Diplom-Ingenieurin und Energieberaterin hatte bereits 1997 in einem Fachbuch darauf hingewiesen, dass die im Bausektor eingesetzten Stoffe zum Teil über eine Lebensdauer verfügen, die über die der Gebäude weit hinausgeht. Daher sind sie für eine Kreislaufführung besonders geeignet. Alle



geprüft werden. Der Beitrag ist 25 Jahre alt und

"In historischen Gebäuden gibt es immer wieder Materialien aus Vorgängerbauten, die an anderer Stelle erneut zum Einsatz kamen. Auf dieses Prinzip können wir uns zurückbesinnen. Damit das gut klappt, müssen wir schon bei Planung und Ausführung der Projekte diese Anforderungen im Kopf haben", betont Koch. Sie nennt als Beispiel ein innovatives Wärmedämmverbundsystem, das nur noch gedübelt und nicht mehr geklebt wird. Das ermöglicht, die einzelnen Materialien bei Rückbau oder Sanierung getrennt und materialweise zu recyceln.

Chance für neue Arbeitsplätze

"Um die Kasseler Baustoff- und Materialbörse zu realisieren, sollen lokale Akteur*innen einbezogen und ihre Erfahrungen genutzt werden. Dazu gehören natürlich die Stadtreiniger, aber auch Projekte der kommunalen Arbeitsförderung. Mit der Börse bietet sich erfreulicherweise auch die Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen", erläutert Koch.

Anja Lipschik*, Jörg Kilian,

Für Sie im

Ortsbeirat

BAD WILHELMSHÖHE

Anke Seibert-Schmidt, Inga Stieglitz** bad-wilhelmshoehe@gruene-kassel.de

BETTENHAUSEN

Dr. Julia Rudolph**, Alfons Fleer, Verena Bandulewitz bettenhausen@gruene-kassel.de

BRASSELSBERG

Dr. Axel Dietrich Sauer brasselsberg@gruene-kassel.de

FASANENHOF

Horst Anthofer**, Emil Fährmann, Martina Priester fasanenhof@gruene-kassel.de

FORSTFELD

Hans-Peter Faber, Nico Hoche, Lars Reichert forstfeld@gruene-kassel.de

HARLESHAUSEN

Andreas Hempel, Nicolas van Heteren-Frese, Sonja Henning harleshausen@gruene-kassel.de

JUNGFERNKOPF

Dorothee Köpp**, Anne Schäfer jungfernkopf@gruene-kassel.de

Elisabeth König*, Judith Ehret, Peter Zierau, kirchditmold@gruene-kassel.de

Julia Herz*, Katharina Griesel, Evelyn Verch, Miriam Winklhöfer mitte@gruene-kassel.de

NIEDERZWEHREN

Dr. Jörg Pfeiffer**, Michael Bendrien, **Tobias Vogel** niederzwehren@gruene-kassel.de

NORD-HOLLAND

Ann-Christine Herbold**, Elfi Eckart-Imhof, Maria Stafyllaraki, Hannes Volz nord-holland@gruene-kassel.de

NORDSHAUSEN

Karl-Heinz Großkurth**, Jürgen Linke nordshausen@gruene-kassel.de

OBERZWEHREN

Birgit Hengesbach-Knoop**, Bärbel Grebe, Kibar Kay-Delibas oberzwehren@gruene-kassel.de

PHILIPPINENHOF-WARTEBERG

Ruthild Kindler, Torben Schmitt philippinenhof-warteberg@gruene-kassel.de

ROTHENDITMOLD

Renate Bendrien**, Nicole Aschenbrenner rothenditmold@gruene-kassel.de

Selina Holtermann*, Diethelm Class, Oliver Claves suedstadt@gruene-kassel.de

SÜSTERFELD-HELLEBÖHN Marianne Knipping**, Peter Fellmann,

Karin Mijatovic suesterfeld-helleboehn@gruene-kassel.de

UNTERNEUSTADT

Kerstin Linne*, Jan Röse**, Beate Burmester, Sabine Schreiner, Ilona Racz unterneustadt@gruene-kassel.de

VORDERER WESTEN

Steffen Müller*, Henning Eickmeyer, Christine Hesse, Ulrike Kapusta, Hans-Helmut Nolte vorderer-westen@gruene-kassel.de

WEHLHEIDEN

Anna Wienhausen*, Stephan Amtsberg, Klaus Hansmann, Sandra Mijatovic, Robert Wöhler wehlheiden@gruene-kassel.de

Annli Lattrich*, Dieter Holstein, Otis Paetz wesertor@gruene-kassel.de

WOLFSANGER-HASENHECKE

Fleur Lüthje, Angela Nolda wolfsanger-hasenhecke@gruene-kassel.de

*Ortsvorsteher*in,

**1. stv. Ortsvorsteher*in/stv. Ortsvorsteher*in

Bauteile sollten auf ihre Wiederverwendbarkeit



mehr als aktuell.



E-Mail: fraktion@gruene-kassel.de II www.gruene-fraktion-kassel.de II Ihre Ansprechpartner*innen: Alexander Ringbeck, Ulrike Kapusta und Ulrike Daub II Mo.-Fr., 9-12 Uhr und nach Absprache

GRÜNE Fraktion im Rathaus II Obere Königsstraße 8, Zimmer W122 II 34117 Kassel, 0561 787 12 94

Impressum: V.i.S.d.P.: Kasseler Rathausfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Christine Hesse II Redaktion: Ulrike Daub, Lars Hofmann und Alexander Ringbeck Bilder ohne Nachweis: privat II Auflage: 30 000 Exemplare II Druck: Thiele & Schwarz II Redaktionsschluss: 14.11.2022